

Dresden, 10. November 2015

Pressemitteilung

Es braucht mehr als nur Wohnungen, um Flüchtlinge zu integrieren

Um Asylsuchenden ein würdiges Lebensumfeld zu schaffen, leistet die sächsische Wohnungswirtschaft einen enormen Beitrag. Deren Interessenvertretung, der vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e. V., fordert bessere Rahmenbedingungen, um den Hilfsbedürftigen auch den Zugang in den Arbeitsmarkt zu erleichtern.

Mit ihrem Wohnungsangebot hat die sächsische Wohnungswirtschaft für Flüchtlinge eine menschlichere Alternative zu zentralen Unterkünften. Um den Asylsuchenden die Integration zu vereinfachen, braucht es nach Ansicht des vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft aber mehr. „Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss erleichtert werden“, erklärt Verbandsdirektor Rainer Seifert. Viele Unternehmen sind bereit, Flüchtlingen eine Beschäftigung und somit Perspektive zu geben. „Dafür müssen aber auch die rechtlichen Rahmenbedingungen so angepasst werden, dass diese Chance keine Illusion bleibt“, führt Rainer Seifert weiter aus. Bei entsprechenden Qualifikationen, Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie Kompetenzen ist der Mindestlohn keine Barriere. Doch die Menschen, um die es hier geht, verfügen nach ihrer Ankunft oft über geringe Kenntnisse einer Schlüsselkompetenz – der deutschen Sprache. Und die fachliche Qualifikation muss entweder erst ausgeprägt oder vervollständigt werden. Auch für diese Menschen muss es aber einen Weg geben, sich in die Gesellschaft und das Arbeitsleben zu integrieren. Der Mindestlohn mit seinen derzeitigen Kriterien ist nicht dazu geeignet. Er darf nicht dazu führen, dass eine stetig wachsende Gruppe vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen bleibt. „Die Folge ist, dass diese Hilfsbedürftigen noch stärker isoliert werden und eine gesellschaftliche Eingliederung zusätzlich erschwert wird“, gibt Rainer Seifert zu bedenken. Gerade wer seiner sozialen Verantwortung gerecht werden will, muss in der Lage sein, hier kurzfristig und flexibel zu reagieren. Nun ist die Politik gefragt, die Bereitschaft der sächsischen Unternehmen aufzugreifen und damit auch ein positives Signal an die Flüchtlinge zu senden.

Der vdw Sachsen Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft e.V. vertritt 127 Wohnungsunternehmen, die mit rund 316.000 Wohnungen etwa 14 Prozent des Wohnungsbestandes in Sachsen bewirtschaften.